

Vergebene Chance

Unsere Gemeinde besitzt Dutzende Hektar an Ackerflächen, welche sie an Landwirte verpachtet.

Nach einem Vorschlag des Arbeitskreises Klimabündnis unserer Gemeinde unterstützte das **Grüne Kleeblatt** die Forderung, auslaufende Pachtverträge nur dann zu verlängern, wenn die entsprechenden Flächen nach den Grundsätzen der biologischen Landwirtschaft bewirtschaftet würden.

Die Motivation dafür war, dass bei biologischer Bewirtschaftung die Bodenqualität erhöht würde (durch Förderung bzw. Schonung des Bodenlebens), was mehrere positive Effekte gehabt hätte: Durch Erhöhung des Humusgehalts können große Mengen an CO₂ im Boden gespeichert werden, was in Zeiten der Klimakrise wichtig wäre.

Weiters würden die Bodenverluste durch Abschwemmung bei Starkregen verringert und andererseits die Aufnahmefähigkeit für Regenwasser erhöht. Auch unter dem Aspekt der Artenvielfalt...

... Inklusion in der Schule

... Corona - eine andere Sichtweise

... Mobilität anderswo



... und des Insektensterbens wäre diese Bewirtschaftungsform wünschenswert gewesen. Unsere Marktgemeinde ist eine „Natur im Garten“-Gemeinde, hat sich verpflichtet, auf öffentlichen Gründen auf synthetische Spritzmittel und Düngemittel zu verzichten. Sie erlaubt diese aber ausdrücklich auf ihren eigenen landwirtschaftlichen Flächen!



In der Diskussion vor der Entscheidung gab es wenige fachliche Argumente, dafür sehr emotionelle, wie z.B., dass früher Schulklassen Käfer auf Feldern abklauben mussten – als wäre das heutzutage Standard auf biologisch bewirtschafteten Feldern! Es wurde auch darauf hingewiesen, dass man grundsätzlich gegen einen Zwang in dieser Richtung sei, für freie Entscheidung der Landwirte. Es sollte allerdings nach dieser Forderung niemand gezwungen werden, Biolandwirt zu werden, sondern sich nur verpflichten, jene gepachteten Flächen, welche sich in öffentlicher Hand befinden, nach Biorichtlinien zu bewirtschaften. Das ist kein Zwang, sondern ein Recht des Verpächters, seinen Besitz nach seinen Vorstellungen in gutem Zustand zu bewahren. Dieses Recht nimmt ja die Gemeinde schon jetzt in Anspruch, weil sie die Ausbringung von Klärschlamm unserer Kläranlage auf diesen Flächen nicht gestattet, obwohl dieser nach Auskunft des Bürgermeisters völlig unbedenklich und nicht bodenbelastend wäre...!

Die Beteuerungen der ÖVP, dass es in unserer Gemeinde mittlerweile immer mehr biologisch bewirtschaftet landwirtschaftliche Flächen gäbe, beeindrucken das **Grüne Kleeblatt** nicht sonderlich, für uns zählen Taten, nicht Worte.

Die Böden im Weinviertel sind nach Analysen der Universität für Bodenkultur in bedenklichem Zustand, durch den Klimawandel droht die Landwirtschaft in Zukunft massiv unter Druck zu geraten. Da wäre eine Entscheidung in Richtung einer höheren Zukunftsfähigkeit, welche auch eine höhere Bodenqualität benötigt, wichtig gewesen. Schade, liebe ÖVP!

Wolfgang Exler



Den vollständigen Artikel lesen Sie online.

Mobilität anderswo

Im **Grünen Kleeblatt** schreiben wir seit Jahren über unsere Vorstellungen von Mobilität. Da ging es zuerst um die Möglichkeiten von Fahrtendiensten. Und seit das Gmoomobil besteht, befürworten wir eine Ausweitung auf alle Gemeindegänger*innen. Wie solch ein Fahrtendienst für alle ausschauen kann, zeigen uns andere niederösterreichische Gemeinden. Zeit, einen Blick über die Grenzen unserer Gemeinde zu werfen.



Drei der Vorzeigebispiele des Landes Niederösterreich sind im Bezirk Amstetten, in den Gemeinden Ardagger, Euratsfeld und Neuhofen/Ybbs und heißen „Elektromobilität im ländlichen Raum“, kurz EMIL, gemeinsam.

Die Fahrtendienste sind als gemeinnützige Vereine organisiert und fahren Ziele im Umkreis von ungefähr 15 Minuten um das jeweilige Gemeindezentrum an. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt € 25,- für Erwachsene und € 15,- für Jugendliche. Eine Fahrt kostet je nach Distanz zwischen € 1,- und € 3,-. Für Fahrer*innen ist das Buchen von Fahrten mit EMIL kostenlos, außerdem steht ihnen das E-Auto außerhalb der Nutzungszeiten des Fahrdienstes zur privaten Verfügung bereit. Das Buchen einer Fahrt funktioniert sowohl telefonisch als auch über eine Online-Plattform.

Der Pionier in Sachen E-Fahrtendienst für alle in Niederösterreich befindet sich in Eichgraben, der Verein „Elektromobil Eichgraben“ ist seit 2015 aktiv. Die Fahrten beschränken sich auf das Gemeindegebiet von Eichgraben, alle anderen Statuten des Vereins sind ähnlich jenen von EMIL.

Alle vier Beispiele behandeln die beiden Bedenken, – fehlende Fahrer*innen und gewerberechtliche Probleme – die es in unserer Gemeinde gegen eine Ausweitung des Gmoamobils gibt. Das Melden als Fahrer*in wird durch kostenlose Nutzung des Fahrtendienstes beziehungsweise Kombination mit einem Carsharing-System attraktiv gemacht. Damit stellt das gemeindeeigene E-Mobil auch eine wirkliche Alternative zum (Zweit-)Auto dar. Und die Statuten der bestehenden Vereine, sowie Musterstatuten des Landes geben Rechtssicherheit. In anderen Worten: Das **Grüne Kleeblatt** sieht keinen Grund, der gegen eine Ausweitung des Gmoamobils für alle Gemeindegänger*innen spricht.

Umweltmeinderat Lorenz Gschwent



Corona – anders gesehen

Clemens Arvay, ein Biologe, arbeitet mit dem Schwerpunkt Gesundheitsökologie. Er erforscht die Zusammenhänge von gesunden und kranken Ökosystemen mit menschlicher Gesundheit und wie sich intakte Natur positiv auf Heilungsprozesse des Menschen auswirken kann.

In seinem neuen Buch „Wir können es besser“ (im September 2020 erschienen, innerhalb einer Woche ausverkauft, erst wieder Ende Oktober erhältlich), behandelt Clemens Arvay die Verknüpfungen von Umweltzerstörung und Krankheitsausbrüchen bzw. Epidemien. Er zeigt – untermauert mit vielen wissenschaftlichen Studien – auf, dass die einseitige Ausrichtung des Gesundheitssystems auf die Bekämpfung und Überwindung von



Krankheitserregern, wie z.B. auch SARS-CoV-2, ein gefährlicher Irrweg ist. Für ihn ist von wesentlicher Bedeutung, dass unser Immunsystem durch Umweltbelastungen, vor allem durch Feinstaub, immer mehr belastet und geschwächt wird, sodass die verschiedenen Abwehrmechanismen, die ein gesunder Körper gegen Krankheitserreger und auch gegen Krebsentstehung hat, ihre Wirksamkeit zusehends verlieren und dadurch gegen Infektionen und Krankheitsausbrüchen wehrloser werden. Auch die naturferne Nahrungsmittelproduktion in Massentierhaltungssystemen und die teils monströsen Plantagen mit gewaltigem Gifteinsatz samt ungesunder Verarbeitung in der Industrie liefern ihre Beiträge zu einer nachlassenden Widerstandskraft der Menschen gegen Krankheiten.

Die Pharmaindustrie mit ihren Gesundheitsversprechungen durch Medikamenten- und Impfstoffentwicklung sind laut Arvay ein heikler Partner, welcher mit Vorsicht zu behandeln ist. Bei der aktuellen Impfstoffentwicklung warnt er eindrücklich vor überhasteter Entwicklung und der Ausschaltung von Sicherheitsüberprüfungen, welche bis jetzt Standard waren. Vorschnelle Massenimpfungskampagnen könnten mit teils bösen Überraschungen enden.

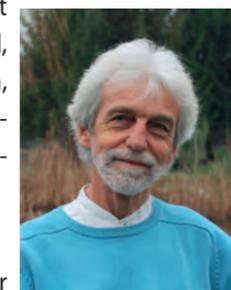
Diese Kritik an den – um ein Milliardengeschäft wetteifernden – Konzernen hat für Clemens Arvay drastische Konsequenzen: Es gibt (nachweisbar von der Pharmaindustrie verursacht) seit Veröffentlichung des Buchs einen gewaltigen Sturm im Internet um den Autor zu verunglimpfen: Der Wikipädia-Eintrag über ihn wurde manipuliert, es wird alles unternommen, um seine Glaubwürdigkeit zu untergraben. Wer sich dafür interessiert und gute Nerven hat kann sich die Stellungnahme dazu von Clemens Arvay dazu

auf Youtube (falls sie nicht gelöscht wurde) ansehen:



„Wir können es besser“ ist auch eine Aufforderung an uns, nicht (dank eines Impfstoffs?) auf ein „nach Corona“ zu hoffen um weitermachen zu können wie bisher: ohne ernst zu nehmende Rücksicht auf die Umwelt und unsere Gesundheit. Für Clemens Arvay ist die Natur ein mächtiger und verlässlicher Partner im Streben um eine gesunde Zukunft!

Ich kann dieses Buch allen nur wärmstens empfehlen: Es ist nach meiner Einschätzung gut recherchiert und seriös begründend, ruhig und sachlich geschrieben, weit weg von Verschwörungstheorien, Mutmaßungen und Unterstellungen.



Wolfgang Exler

Wechsel im Gemeinderat beim **Grünen Kleeblatt**

Ein offener Brief von Manuela Viktorik

Liebe Leserin, lieber Leser,

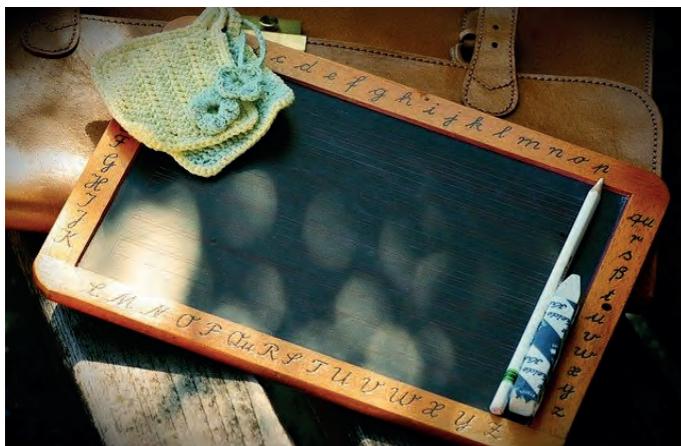
Leider muss ich euch heute mitteilen, dass ich aus gesundheitlichen Gründen mein Mandat als Gemeinderätin zurücklegen werde. Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Meine (fehlende) Gesundheit erlaubt es mir zur Zeit nicht, meinen Aufgaben und Verantwortlichkeiten als Gemeinderätin und „**Grünes Kleeblatt**“ zuverlässig nachzukommen. Ich bleibe Teil des **Grünen Kleeblattes**, auf unbestimmte Zeit allerdings passiv, bis meine Gesundheit und Energien es wieder zulassen, mich aktiver einzubringen.

Gabriele Scharrer-Liska aus Schleinbach wird voraussichtlich mit Anfang Dezember meinen Platz im Gemeinderat einnehmen.

Dieser – hoffentlich nur vorübergehende – Abschied fällt mir schwer, war es doch sehr schön, gemeinsam mit den anderen Kleeblättern unsere **grünen** Ziele im Interesse unserer Gemeinde zu verfolgen!



Gemeinderätin Manuela Viktorik



Inklusion in der Schule

Ein Grundrecht wird mit Füßen getreten

Aus gegebenem Anlass wurde ich im Frühsommer mit einem Thema konfrontiert, welches ich schon lange hinter mir glaubte (meine Kinder sind altersmäßig schon erwachsen): Nämlich der Möglichkeit der Inklusion eines Kindes mit Förderbedarf an der hiesigen Volksschule.

Mit Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (2008) haben sich die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten, um so das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung zu verwirklichen.

Neben den völkerrechtlichen Rechtsquellen normiert auch der Gleichheitssatz in Artikel 7, Absatz 1, der österreichischen Bundesverfassung das Prinzip der Gleichbehandlung der Menschen und verdeutlicht in Artikel 7, Absatz 1, Satz 3 ein Verbot der Benachteiligung behinderter Menschen. Rein theoretisch können in Österreich seit 1993 Eltern frei wählen, ob sie ihr Kind mit besonderen Bedürfnissen in die Sonderschule oder in eine Integrationsklasse auf einer Regelschule schicken wollen.

Soviel zum geduldigen Papier, welches den guten Willen zwar äußert, aber mit der Realität – zumindest in unserem Landstrich – gar nichts zu tun hat.

Inklusion bedeutet die gleichberechtigte Teilnahme von Menschen mit besonderen Bedürfnissen an Bildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Dazu braucht es aber je nach Art und Grad der Einschränkung gewisse Rahmenbedingungen.

Unter dem nationalen Aktionsplan Behinderung 2012–2020, welcher die Ziele der Inklusion verwirklichen sollte, wurden in Österreich ab September 2015 drei Modellregionen eingerichtet. Bis 2020 sollten diese Modelle auf ganz Österreich ausgeweitet werden (das wäre also heuer gewe-

sen). Aus dem Bildungsministerium hört man entschuldigend, dass man für das ganze Land noch evaluieren müsse, es gehe sich zeitlich leider nicht aus.

Interessanterweise hat die Landesschulinspektorin für Sonderpädagogik und Begabungsförderung, Dagmar Zöhner, in Kärnten umgesetzt, was in den meisten Bundesländern noch fremde Materie ist: 92 Prozent aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gehen dort in eine Regelschule! In unserem südlichsten Bundesland gibt es keine Sonderschulen mehr. Laut Zöhner funktioniert Inklusion nicht, wenn man sie ideologisch verbrät. Es sei nicht möglich, alle Kinder undifferenziert in einer Klasse von 25 Schülern zu unterrichten. Stattdessen haben die Kärntner für jede Form der Behinderung individuelle Unterstützungsmaßnahmen in der Regelschule entwickelt, von der Einzelassistentin über temporäre time-out-Gruppen zu kooperativen Kleinklassen und Integrationsklassen.

Meine Kinder gingen in Wien zur Schule, dort war das Thema Inklusion schon vor zwanzig Jahren selbstverständlich. In der Lernwerkstatt Brigittenau benötigen im Jahr 2019 von 400 Schülern 90 einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Das sind etwas mehr als zwanzig Prozent! Der Direktor dieser Schule, Josef Reichmayr: „Wenn man Schule anders arrangiert, stehen Kinder, die langsamer sind als andere oder ihre eigene Art haben, Dinge wahrzunehmen, nicht am Rande des Geschehens. Inklusion erscheint nur dann unmöglich, wenn man im Regelsystem verharrt.“

Nach meiner kurzen aber heftigen Erfahrung bezüglich Inklusion mit unserer Volksschule schließe ich mich kommentarlos der Meinung von Josef Reichmayr an: „Das Schulsystem ist wie in Beton gegossen. Der Basisbeton stammt aus dem Schulorganisationsgesetz von 1962.“

Für den nächsten Fall von verweigerter behindertengerechter Inklusion hat mir das Bundesministerium die Unterstützung versprochen. Betonhammer?

Quellen: Profil vom 3.4.2019, BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wikipedia

gfGemeinderätin Susanne Nanut

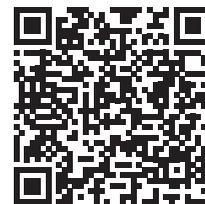


Kurznachrichten

Aktivitäten in Corona-Zeiten

In den ersten Wochen des Jahres 2020 haben wir **Grünen Kleeblätter** uns Gedanken gemacht, was wir zur Belebung des Ortslebens beitragen möchten und Anfang März lag ein buntes Programm von ernsthaften Diskussionen über

lockere Zusammenkünfte bis Spannendes und Unterhaltsames zum Ausprobieren im Rahmen von Workshops auf unseren Tischen. Im Laufe des Jahres wollten wir unsere Ideen umsetzen. Bekannterweise hat das unglückselige Virus vielen einen Strich durch die Rechnung gemacht – auch uns. Veranstaltungen sind derzeit verantwortungsbewußt nur unter sehr erschwerten Umständen durchführbar – wenn überhaupt. Wir hoffen auf bessere Zeiten, um unsere Ideen umsetzen zu können. Bis dahin setzen wir uns jedoch mit aller Kraft im Rahmen der Gemeinderatsarbeit weiter dafür ein, dass unsere Gemeinde lebenswert ist und bleibt.



Newsletter des **Grünen Kleeblattes**

Damit wir Sie auch zwischen den Erscheinungsterminen der Kleeblatt-Zeitung über Wissenswertes, aktuelle Themen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ulrichskirchen – Schleinbach – Kronberg sowie in der Region informieren können, haben wir einen Newsletter eingerichtet, der in unregelmäßigen Intervallen, maximal ein- bis zweimal



pro Monat, versendet wird. Wollen Sie diesen newsletter erhalten, können Sie sich dafür auf unserer homepage <https://gruenes-kleeblatt.at/newsletter/> anmelden (und natürlich auch jederzeit wieder abmelden).

Arbeitskreis Soziales in der Gemeinde

So wie sämtliche Arbeitskreise und Gremien der Gemeinde ist auch mein Arbeitskreis für Soziales durch das uns schon mehr als bekannte Virus daran gehindert, gemeinsam mit Interessierten zu arbeiten. Jeder Plan, jede Aktivität wird seit Monaten gestoppt durch immer wieder neue Verordnungen, die das Ziel haben, Menschen voneinander fern zu halten. Alle sind schon müde vom Maskentragen und Distanz halten, aber es sind die einzigen Mittel die wir derzeit gegen die Pandemie haben. Traurig denke ich an Ostern zurück, wo große Familien auf die gemeinsame Osterjause verzichten mussten und Enkelkinder nicht gedrückt werden durften. So ein Weihnachten möchte ich mir gar nicht vorstellen, für uns alle nicht!

gfGemeinderätin Susanne Nanut